

# Calmer Tagblatt

Nr. 13.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

91. Jahrgang.

Veröffentlichungsweise: 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die einseitige Belegstelle 10 Pfg., außerhalb desselben 12 Pfg., Werbefläche 25 Pfg. Schluss für Inseratannahme 10 Uhr vormittags. Telefon 9.

Dienstag, den 18. Januar 1916.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 1.25 vierteljährlich, Postbezugspreis für den Orts- und Nachbarortsvorkehr Mk. 1.20, im Fernverkehr Mk. 1.30. Bestellgeld in Württemberg 30 Pfg., in Bayern und Reich 42 Pfg.

## Bedingungslose Unterwerfung Montenegros.

### Die Balkanlage.

Montenegro bittet um Friedensverhandlungen.

#### Was tut Griechenland?

Gewiß, Montenegro hatte keine große Truppenmacht mehr zur Verfügung, als sich der König mit dem zuvor veränderten Ministerium entschloß, den aussichtslosen Kampf aufzugeben, und die Waffen niederzulegen. Aber es wäre doch auch möglich gewesen, daß das montenegrinische Heer, ähnlich wie die Serben, sich dazu hätten mißbrauchen lassen, auf andern Kriegsschauplätzen geopfert zu werden. Nikita, der immer als schlauer Politiker bekannt war, hat schärfer gesehen wie Peter, und das Ergebnis seiner Ueberlegung muß doch das gewesen sein, daß er nicht wie die Serben sich den Glauben an einen Enderfolg der Entente vorkäufeln ließ. Und in diesem Schluß liegt der bedeutende Wert der Waffenstreckung Montenegros. Die Montenegriner glauben nicht mehr an eine Hilfeleistung ihrer großen Freunde, sie glaubten auch nicht mehr, daß diese im Stande sein würden, ihnen ihr Land wieder zurückzuerobern, denn sonst hätten sie doch ähnlich wie die Serben lieber ihr Land „vorübergehend“ dem Feinde überlassen. Der Vierverband hat aber auch bisher eine eigentümliche Manier an den Tag gelegt, das Vertrauen seiner kleinen „Schützlinge“ bis über die Grenze des normalerweise Zulässigen in Anspruch zu nehmen. Nachdem man Belgien zum Widerstand bis zum letzten getrieben hatte und auch Serbien trotz der augenscheinlichen Unfähigkeit dieses Staates zu einer erfolgversprechenden Verteidigung gezwungen hatte, den Kampf aufzunehmen, sollte auch Montenegro demselben Schicksal der andern vertrauensseligen Kleinstaaten anheimfallen. Alle verzweifeltsten Hilferufe nützen nichts. Es war den Herren im Vierverband gleich, ob das montenegrinische Heer sich nutzlos opferte, ob die Bevölkerung im Elend umkam, die Hauptsache war, die Zerplitterung der gegnerischen Kräfte zu erreichen. **Kein Mann** wurde zu Hilfe geschickt; die Italiener standen in Durazzo und rührten keinen Fuß zur Hilfeleistung. Dagegen wurde aber das Heer in teuflischer Denkwiese so gut wie möglich mit Kriegsmaterial und Lebensmitteln versorgt, soweit dies die österreich-ungarischen U-Boote zuließen, die manchen der Transportdampfer vor seinem Ziel zu Neptun hinabschickten.

Wenn sich die montenegrinische Regierung also noch ein wenig realpolitischen Verständnisses bewahrt hatte, so mußte sie sich sagen, daß der Weg, den Serbien gegangen war, obwohl man ihm Zeit genug zur Ueberlegung gelassen hatte), nicht zum Heil ihres Landes ausfallen könne, und es kam denn auch, als auch hier die Entente jegliche Hilfeleistung versagte, bald in den maßgebenden Kreisen die Stimmung auf, das nutzlose Hinopfern aufzugeben, die nun in die Tat umgesetzt wurde. Wir haben schon gestern darauf hingewiesen, welchen politischen und strategischen Wert Montenegro einerseits für Rußland besaß, dem es als Eckpfeiler gegen Desterreich-Ungarn zum Zweck der Verwirklichung seiner allslawischen Träume (in Gemeinschaft mit Serbien) diente, und andererseits für Italien, für das es die österreichische Konkurrenz in der Adria und dem östlichen Hinterland aufhalten sollte. Beide Staaten haben also das größte Interesse an dem letzten Schritt Montenegros. Ob sich die montenegrinische Regierung vor ihrem Entschluß gerade mit diesen beiden Staaten, von denen sie ja auch in den

letzten Jahren finanziell unterstützt worden ist, noch ins Benehmen gesetzt hat, wird wohl kaum festzustellen sein. Es verlaute nur, daß die Regierung diesen Schritt ohne Zustimmung Rußlands unternommen habe, was auch begreiflich erscheint, denn Rußland hat doch gerade in jüngster Vergangenheit demonstrativ seinen Willen kundgetan, die Balkanpartie nicht verloren zu geben, sonst hätte es doch wohl kaum solche übermenschlichen Anstrengungen gemacht, in Bessarabien und der Bukowina durchzudringen. Anders steht die Sache mit Italien. Italien hat natürlich kein Interesse daran, daß Montenegro aufhört, ein selbständiger Staat zu sein, denn dann müßte es seine ehrgeizigen Pläne auf das nordöstliche Ufer der Adria nicht nur praktisch sondern auch theoretisch aufgeben. Es ist also gut möglich, daß man in Rom mit diesem Schritt bis zum gewissen Grade einverstanden war, da man erstens nicht gewillt und wohl auch nicht fähig war, ausreichende Hilfe zu senden, und weiterhin auf diese Weise glaubt hoffen zu können, daß unsere Verbündeten mit dem zum Frieden geneigten Gegner glimpflich verfahren werden. Daß man aber etwa geneigt wäre, die besonders jetzt für die Adria (bis nach Durazzo) geschaffene günstige Lage aufzugeben, das dürfen sich die Herren Italiener ja nicht einbilden. Montenegro wird mindestens bis zum Friedensschluß militärisch besetztes Gebiet bleiben, und dann werden wohl die Bedingungen so gestaltet werden, daß dieser Staat nicht mehr von seinen bisherigen Schutzherrn als „Fühler“ benützt werden kann. Aus diesem Grund dürfte auch dem Zusammentreffen des Prinzen Mirko von Montenegro, der angeblich österreich-freundlich ist, mit dem König von Italien, keine andere Bedeutung beigemessen werden, als die, daß Italien seine „Wünsche“ bezüglich der Friedensverhandlungen vorbringen wird, die in seinen Adria-interessen festgelegt sind. Wenn diese Nachricht von dem Mailänder „Secolo“, dem größten italienischen Fechtblatt gegen die Zentralmächte, zugleich mit der bemerkenswerten Enthüllung wiedergegeben wird, daß schon im Herbst 1914 der Plan ausgearbeitet war, den Serben ein Heer von 20 000 Freiwilligen zu Hilfe zu senden, der aber nur damals nicht verwirklicht wurde, weil die Regierung noch den Schein der Neutralität wahren wollte, so werden wir um so besser wissen, wie Montenegro zu behandeln ist in Rücksicht auf — Italien.

Die nächsten Wochen aber scheinen dazu bestimmt zu sein, das Interesse noch einmal in hohem Grade auf den Balkan zu konzentrieren. Infolge des Ausscheidens Montenegros werden sich die Operationen in Albanien stark beschleunigen lassen. Es wird sich bald zeigen müssen, ob die Italiener die nötigen Streitkräfte besitzen, um ihr Interessengebiet in Albanien halten zu können. Wenn man nach den Stimmen urteilen will, die jetzt schon eine Aufgabe der albanischen Expedition fordern, so ist in Italien wenig Hoffnung vorhanden, daß man vielleicht auf dem Balkan noch Lorbeeren holen könne, die auf der Hauptfront dem italienischen Heer bisher versagt waren. Das Hauptaugenmerk aber wird sich auf Griechenland richten, von dessen Haltung die ganze Entwicklung auf dem Balkan mehr oder weniger beeinflusst sein wird. Heute tritt die griechische Kammer zusammen und wohl zwecks Einschüchterung der Volksvertretung, deren Zusammensetzung sich nicht im Sinne der Entente vollzogen hat, hat der Vierverband zu seinen bisherigen Gewalttaten noch die gefügt, 5 Kilometer vor Athen, nach dem Kriegshafen Phaleron Kriegsschiffe zu schicken und dort Truppen auszusetzen, die un-

hörter Weise sich anschickten, Hausuchungen vorzunehmen. Man will also den Griechen vor Augen führen, daß man auch nicht vor dem letzten Mittel, der Besetzung Athens zurückschreckt, wenn sich Griechenland nicht bedingungslos in die Arme des Vierverbands wirft. Die Lage ist sehr ernst. Die Entente zählt wohl auf die Anhängerschaft Venizelos' und man spricht davon, daß sie Umtriebe ins Werk setzen will oder schon gesetzt hat, die darauf abzielen, die Monarchie zu stürzen und eventuell Venizelos als Präsidenten der Republik Griechenland auszurufen. Durch die andauernden Gewalttätigkeiten der Entente kann also die Entscheidung, so oder so, schneller kommen als man denkt. Deutschland und seine Bundesgenossen werden aber auf alle Fälle vorbereitet sein.

O. S.

### Die Kapitulation Montenegros.

(WTB.) Budapest, 17. Jan. (Telephon.) Graf Tisza teilte im Abgeordnetenhaus mit, Montenegro habe um Einleitung von Friedensverhandlungen gebeten. (Große Bewegung.) Montenegro habe unbedingte Waffenlieferung angenommen. (Lang anhaltender Beifall.) Nach Durchführung der Kapitulation werden die Friedensverhandlungen beginnen.

### Die englische Meldung.

Amsterdam, 18. Jan. Das Reutersche Bureau verbreitet in London folgende Meldung aus Athen: Wie verlautet, hat Montenegro mit Desterreich-Ungarn einen Waffenstillstand abgeschlossen.

### Italien und Montenegro.

Berlin, 18. Jan. Einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Lugano zufolge berichtet der „Secolo“, daß der König von Italien nach Larent abgereist sei, um dort den Prinzen Mirko von Montenegro zu sehen. Der Zusammentritt werde eine große Bedeutung beigelegt.

### Italien und die Balkanereignisse.

Berlin, 18. Jan. Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet aus Lugano: Die Wandelgänge der Deputiertenkammer in Rom waren nach dem „Secolo“ in diesen Tagen sehr belebt und die Ereignisse in Montenegro wurden eifrig besprochen. Die Reformsozialisten haben der Regierung das Aufhören ihrer Unterstützung angefragt. Die nationale Einigkeit und der Verzicht der Parteien auf jede Aktion seien schöne Sachen, die aber ihren Zweck verfehlten, wenn die Regierungstätigkeit versage. Das Blatt schließt mit der Warnung an die Regierung: Wir werden weiter unsere Pflicht tun, nicht um die öffentliche Meinung aufzuwiegeln, wohl aber um ihr die Gefahr zu zeigen und sie wach zu halten. Wir wollen nicht, daß das Volk eines Tages plötzlich gewalttätig aus dem Schlaf erwacht.

### Griechenland verlangt die Räumung seines Gebiets.

(WTB.) Wien, 17. Jan. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Sofia: Griechenland wird morgen in einer Note an die Entente die Räumung des griechischen Territoriums fordern. „Utro“ zufolge habe die Besetzung von Phaleron in Athen Panik, ungeheure Entrüstung und Kundgebungen gegen die Ententevertreter erregt. Durch das rechtzeitige Einschreiten der Behörden sei ein Angriff des Volkes auf die französische und die englische Gesandtschaft verhindert worden.

### Amtliche Bekanntmachungen. Maul- und Klauenseuche.

In Lehenweiler, Gde. Adlingen, Oberamts Böblingen, ist die Seuche erloschen.

Die angeordneten Schutzmaßregeln sind aufgehoben worden.  
Calw, den 17. Jan. 1916.

R. Oberamt: Binder.

In der Stadtgemeinde Nagold ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen im Gehöft des Schreinermeisters Martin Koch.

Sperrbezirk: Das Koch'sche Gehöft.

Beobachtungsgebiet der übrige Stadtteil.

In den 15 Kilometer-Umkreis um den Seuchenort wurden nachstehende Gemeinden des Oberamtsbezirks Calw einbezogen: Alt- und Neubulach, Breitenberg, Dedenspfonn, Holzbronn, Liebelsberg und Martinsmoos.

Calw, den 17. Jan. 1916.

R. Oberamt: Binder.

### Maul- und Klauenseuche in Magstadt.

Nachdem die Gefahr der Seuchenverbreitung als beseitigt anzusehen ist, wird das Beobachtungsgebiet (umfassend die Markungen Sindelfingen, Maichingen, Warmbronn, Kenningen) aufgehoben.

### Absperrung Griechenlands von der See.

(WB.) Haag, 17. Jan. Der „Nieuwe Courant“ meldet aus London: Ein Telegramm aus Athen berichtet, daß seit einem Monat keine Dampfer oder Handelsschiffe von Griechenland aus gefahren oder dort angekommen sind. Von mehreren hundert Schiffen, die ausgefahren sind, um Lebensmittel zu laden, ist man ohne Nachricht.

### Griechenland und der Bierverband.

Berlin, 17. Jan. Der Berichterstatter des „Vokalanz“ in Sofia meldet: Nach der Ansicht des Finanzministers Tontschew werde der Bierverband nun ganz Griechenland blockieren und als neue Aktionsbasis benutzen, was aber keinen Einfluß auf die Saloniktaktion ausüben könne. In hiesigen Abgeordnetenkreisen betrachtet man die Lage optimistisch und meint, die neue Aktion müsse Griechenland zwingen, sich zu beugen. Bei dem Bierverband bestehe die Absicht, in Griechenland mit Hilfe von Venizelos eine Revolution hervorzurufen. Ein angesehenes Abgeordnetes der Regierungspartei erklärte, daß der Bierverband eine Revolte gegen den König Konstantin hervorzurufen wolle. Dieser werde aber Mittel und Wege finden, sich und die Selbständigkeit seines Landes zu schützen. Ich bin sicher, daß die nächste Woche wichtige Ereignisse bringen wird. Griechische Nachrichten belagen, daß Griechenland am 18. Januar eine neue Note an den Bierverband richten wird, die verlangt, daß die englisch-französischen Truppen das Land verlassen.

### Oesterreichische Urteile über die Lage Griechenlands.

(WB.) Wien, 17. Jan. Die Blätter betonen, daß die bisher in Saloniki, Korfu und Santi Quaranta verübten Gewaltakte der Entente durch die nach Privatmeldungen erfolgte militärische Besetzung des Piräus und des Phaleron noch übertroffen wurden. Einige Blätter sprechen die Vermutung aus, daß die Umtriebe Venizelos' nicht aufgehört haben, sondern im Gegenteil von neuem eingesetzt haben und daß die Entente Griechenland vor dem Zusammentritt der Kammer durch einen Kraftstoß in den Krieg hineintreiben wolle. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Wenn der König von Griechenland auch nach dem Einbruch in Athen die Macht hat, seine Politik gegen die Entente zu verteidigen, würde die militärische Besetzung Athens die Gruppe der Mittelmächte nicht empfindlich treffen. Selbst im schlimmsten und kaum vorauszuweisenden Fall würde die erzwungene Unterstüßung einer Armee, die in einer ihr verhassten Gemeinschaft kämpfen müßte, militärisch ohne Wert sein. Das Blatt glaubt indessen, daß der Einbruch im Phaleron und Piräus nur die Aufmerksamkeit in London und Paris von den schweren Niederlagen in Serbien, Gallipoli und Montenegro ablenken und das Volk in den Ententeländern über den Stand des Krieges täuschen solle. Jedenfalls müsse den kleinen neutralen Völkern endlich zum Bewußtsein kommen, wer sie bedrohe und ihre Kraft mißbrauche. — Die „Reichspost“ meint hingegen, wenn die Landung vor den Toren Athens tatsächlich erfolgt sei, könne man sich auf überstürzte Ereignisse gefaßt machen. Es scheint nicht, daß Griechenland in der Verfassung sei, sich zu wehren.

### Die Franzosen auf Korfu.

(WB.) Athen, 17. Jan. Reuter meldet: Offiziös wird berichtet, daß der österreichisch-ungarische Konsul und der Vertreter des österreichisch-ungarischen Vond in Korfu verhaftet wurden. Der Präfekt von Korfu meldet der Regierung, daß ohne Erlaubnis der französischen Militärbehörden keine Schiffe in die Straße von Korfu einfahren oder dieselbe verlassen dürfen. — Der Präfekt von Korfu berichtet weiter, daß heute serbische Truppen aus Albanien angekommen sind. Die Behörden von

Geperret bleibt vorerst: Magstadt und Lehenweiler.  
Calw, den 14. Januar 1916.

R. Oberamt: Binder.

### Verkehr mit Butter.

1. Als Handelsware II (Preis 1,80 M das Pfund) — Sennbutter und Süßrahmbutter — Zentrifugenbutter — gilt u. a. auch solche Butter, die in landwirtschaftlichen Betrieben bereitet wird und in denen der zur Verbutterung kommende, durch Zentrifugalkraft gewonnene Rahm nicht älter als 2 Tage ist.

2. Als „Landbutter“ dagegen ist solche Butter anzusehen, die aus Rahm hergestellt wird, der durch Handentrahmung gewonnen und nach mehr als zweitägiger Auffammlung zur Verbutterung gekommen ist. Wird hienach der in landw. Betrieben durch Zentrifugalkraft gewonnene Rahm nach mehr als zweitägiger Auffammlung verbuttert, so fällt die gewonnene Butter unter den Begriff „Landbutter“, die zu keinem höheren Preis als zu 1,50 M für das Pfund verkauft werden darf.  
Calw, den 17. Januar 1916.

R. Oberamt: Binder.

Wie das stello. Generalkommando mitteilt, haben sich die anonymen Zuschriften an militärische Behörden in letzter Zeit wiederum so sehr vermehrt, daß sich das stello. General-

kommando erneut veranlaßt sieht, darauf hinzuweisen, daß nur solche Schreiben in Behandlung genommen werden, die die volle Unterschrift und die Adresse des Absenders enthalten, daß dagegen alle anderen Zuschriften vollständig unberücksichtigt bleiben und daher als nicht vorgelegt betrachtet werden.

(Staatsanzeiger Nr. 8 S. 57 und 58.)

Calw, den 14. Jan. 1916.

R. Oberamt: Binder.

### Ersatz-Geschäft 1916.

Die R. Standesämter

erhalten den Auftrag, gemäß § 46 Ziff. 7 lit. b der Wehrordnung und der Verfügung der Ministerien der Justiz und des Innern vom 27. Mai 1895 (Min.Amtsbl. S. 217) bis 20. Januar 1916 die vorgeschriebenen Auszüge aus dem Sterberegister des Kalenderjahrs 1915, enthaltend die Eintragungen von Todesfällen der nicht im Gemeindebezirk gebürtigen Personen männlichen Geschlechts, welche das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, hierher einzureichen.

Hierbei sind die Erläuterungen des Gebrauchs der Vordrucke in Abschnitt III 3. 1—4 der erwähnten Minist.-Verfügung enthaltene Bemerkungen genau zu beachten.

Vordrucke können vom Oberamt bezogen werden.

Calw, den 14. Januar 1916.

R. Oberamt: Binder.

Korfu beschlossen in Uebereinstimmung mit dem Kommandanten der Verbündeten, diese Truppen nach der Korfu gegenüberliegenden Insel Ptuchia zu bringen. Auch der Kronprinz von Serbien mit den Offizieren des Generalstabs ist aus Stutari in Korfu eingetroffen. König Peter kam gestern Abend an Bord eines französischen Zerstörers in Epidjos an.

(WB.) Mailand, 17. Jan. „Secolo“ meldet aus Athen: Der deutsche und der österreichische Konsul auf Korfu sind aus der Haft entlassen worden, nur der österreichische Beamte Seliz ist nach Malta gebracht worden.

### Sarrail Oberbefehlshaber in Saloniki.

(WB.) Mailand, 17. Jan. „Corriere della Sera“ meldet aus Saloniki: General Sarrail erhielt aus Paris und London die amtliche Nachricht von seiner Ernennung zum Oberkommandierenden der französischen und englischen Truppen in Mazedonien. General Sarrail übernimmt den Oberbefehl heute.

### Die Alliierten in Mazedonien.

Bern, 18. Jan. Der „Temps“ meldet aus Athen, daß die Alliierten außer der Strumabücke noch 8 kleinere Brücken zwischen Boron und Kilindir gesprengt haben. Man vermutet, daß ähnliche Vorbeugungsmaßregeln unverzüglich auch auf dem Wege Monastir (Bitolia) getroffen werden dürften.

### Das Schicksal der Serben.

Bern, 17. Jan. „Tribuna“ läßt in einem Begrüßungsartikel an die in Brindisi angelommene serbische Regierung durchblicken, daß italienische Beamte die serbischen Flüchtlinge nicht übermäßig zuvorkommend behandeln. Dem „Corriere della Sera“ zufolge passieren andauernd serbische von Bari kommende Flüchtlinge Rom, wo nur wenige Aufenthalt nehmen. Die meisten ziehen die Weiterfahrt nach Frankreich vor. In der letzten Woche sollen mehr als 20 000 Serben Rom passiert haben.

### Rumänien.

Sofia, 17. Jan. Von wohlunterrichteter Seite wird dem Korrespondenten des „B. T.“ berichtet, daß das Problem von Saloniki einen sehr beträchtlichen Einfluß auf die Orientierung der rumänischen Politik ausübt. Die Bedeutung, so heißt es in dem Bericht weiter, die der Ministerpräsident der Befestigung Salonikis beimißt, wird am besten durch die Worte charakterisiert, mit denen sich der Bruder und vertraute Mitarbeiter des Ministerpräsidenten Bentila Bratianu, über die Frage von Saloniki vor kurzem in einer Zusammenkunft der bedeutendsten liberalen Politiker geäußert hat: „Die Räumung Salonikis durch die Engländer und Franzosen würde den Selbstmord des Bierverbandes bedeuten. Im Frühjahr werden wir wissen, ob der Bierverband Selbstmord begangen hat.“ Tatsache ist jedenfalls, daß die Entschlüsse Rumäniens in härtestem Maße durch die Entwicklung bei Saloniki beeinflusst werden würden. Gelingt es den Engländern und Franzosen, sich in Saloniki zu halten und zu verstärken, so wird Rumänien von diesem Machtfaktor immer wieder, wie die Erde von der Sonne angezogen werden und vom Standpunkt der Zentralmächte gesprochen, zum mindesten ein unsicherer Nachbar bleiben, um so unsicherer, als sich Ministerpräsident Bratianu im Innern seines Herzens ja doch nur von dem schließlichen Anschluß an den Bierverband etwas für die künftige Größe Rumäniens verspricht. Werden dagegen die Engländer und Franzosen aus Saloniki vertrieben, dann ist der Einfluß des Bierverbandes auf Rumänien nicht nur moralisch, sondern auch politisch so gut wie erloschen, denn auf Rußland allein setzen selbst die heißesten Rußophilen keine

großen Hoffnungen mehr. Dann wird Bratianu Rumänien, wenn er es noch vergrößert und gestärkt aus diesem Weltkrieg hervorgehen sehen will, schließlich an die Seite der Zentralmächte führen müssen, oder er wird, was das Wahrscheinlichere ist, seinen Platz Carp, Majorescu und Marghiloman überlassen.

### Die Lage auf den Kriegsschauplätzen.

#### Die deutsche amtliche Meldung.

(WB.) Großes Hauptquartier, 17. Januar. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz. Keine besonderen Ereignisse. In der Stadt Lille wurden durch das feindliche Artilleriefeuer 16 Einwohner getötet und verwundet.

Ostlicher Kriegsschauplatz. Schneestürme behinderten auf dem größten Teil der Front die Gefechtsfähigkeit. Es fanden nur an einzelnen Stellen Patrouillenkämpfe statt.

Balkankriegsschauplatz. Nichts Neues. Oberste Heeresleitung.

#### Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

(WB.) Wien, 17. Jan. Amtliche Mitteilung vom 17. Januar, mittags:

Russischer Kriegsschauplatz. Die an der bessarabischen und ostgalizischen Front angelegten russischen Armeen haben auch gestern eine Wiederholung ihrer Angriffe unterlassen. Es herrschte im allgemeinen Ruhe. Nur im Raum östlich von Karançe vertrieben unsere Truppen unter heftigen Kämpfen den Feind aus einer vorgeschobenen Stellung, schütteten seine Gräben zu und spannten Drahthindernisse aus. Im Bereiche der Armee des Erzherzogs Josef Ferdinand wurden drei russische Vorstöße gegen unsere Feldwachenlinien abgewiesen.

Italienischer Kriegsschauplatz. Die Gefechtskämpfe an einzelnen Punkten der lufständischen und Tiroler Front dauern fort. Der Kirchenrücken von Oslavija wurde von unseren Truppen wegen des dorthin vereinigten feindlichen Artilleriefeuers wieder geräumt. Im Görzischen zwangen unsere Flieger mehrere italienische Zessellons zum Niedergehen und bewarfen feindliche Lager mit Bomben.

Südöstlicher Kriegsschauplatz. Der König von Montenegro und die montenegrinische Regierung haben am 13. Januar um Einstellung der Feindseligkeiten und Beginn der Friedensverhandlungen gebeten. Wir antworteten, daß dieser Bitte nur nach bedingungsloser Waffenstreckung des montenegrinischen Heeres entsprochen werden könne. Die montenegrinische Regierung hat gestern die von uns gestellte Forderung bedingungsloser Waffenstreckung angenommen.

#### Der Zweck der bessarabischen Kämpfe.

Frankfurt, 17. Jan. Aus Budapest meldet die „Frankf. Zeitg.“: Die ganze rumänische Presse stellt die Russen mit ihren verlustreichen Angriffen an der Bukowinaer und bessarabischen Front politische Zwecke verfolgen. Vorgestern wurden von den ungarischen Truppen auf einem 4 Kilometer langen Frontabschnitt 40 russische Angriffe zurückgewiesen. Hinter den russischen Truppen, die riesige Verluste erleiden, sind Maschinengewehre „zur Hebung der Begeisterung“ aufgestellt. Jeden zweiten Tag kommen Tausende von Ersatztruppen an, die von den in Bessarabien gegen Bulgarien konzentrierten Truppen weggenommen werden. Die Munitionsverschwendung ist ungeheuer. Die meisten rumänischen Kreise verfolgen die Kämpfe mit gespannter Aufmerksam-

keit, da der seines letzten Ruhland w an der Seite Hälfte der r östlichen Ka

Die

(WB.)

dader Blö känder sch son vor gefest h zuzuführ sch 3000 der Einsch

D

Dondon

bahnverbo schlusantrag günstig ein aber die mo der privileg Arbeitersch prinzipis sei als dem, i sprechen des cher der W widerpredre 50 Jahre. E werden dü Beschlußant jede Art v Mitteln die pital die A Ausschuf d Heizer hat jede Art m

Eine „re

(WB.)

telegramme britanien durch die d klärung ein Staatsdepa In Regieru gehen viele Reht Engl hindern, au auch die T der Waren, oder für De

zu

(WB.)

amt verbr seien Einze die deutsche denjelben englischen daß schwebi scher und d die sch aus Schw gleichzeitig Ladung fü dieser Maß nemünde g mindestens tung der 1 500 bis 60 ftnde jedoch seien. Obgl Offizieren würden de zu laufen. ganz durch Einrichtung diese Weise der deutsch gelaufen se würde, daß sen, obgleic sonderer S eigentlich, wer lesen mentar. D wichtig. 2 Deutschland nicht recht selbst verö

hinzugehen, daß  
men werden, die  
Abfenders enthal-  
vollständig unbe-  
gelegt betrachtet

Binder.

lit. b der Wehr-  
n der Justiz und  
S. 217) bis  
auszüge aus dem  
haltend die Ein-  
gemeindebezirk ge-  
welche das 25. Le-  
er einzureichen.  
brauchs der Vor-  
ntenen Minist.-Ber-  
beachten.  
n werden.

Binder.

ianu Rumänien,  
us diesem Welt-  
Seite der Zens-  
das Wahrschein-  
d Marghiloman

auptlagen.

bung.

17. Januar.  
shauptlag.  
er Stadt Velle  
seuer 16 Ein-

lag. Schnee-  
Teil der Front  
an einzelnen

Nichts Neues.  
esleitung.

gesbericht.

he Mitteilung

lag. Die an  
front angeleh-  
ern eine Wie-  
Es herrschte

um östlich von  
unter heftigen  
hohenen Stel-  
und spannten  
er Armee des  
drei russische  
n abgewiesen.

uplag. Die  
er küssen  
ern fort. Der  
von unseren  
en feindlichen  
in Görzischen  
emische Fessel-  
fen feindliche

uplag. Der  
ntenegrinische  
m Einstellung  
Friedensper-  
en, daß dieser  
affenstreckung  
ohen werden  
g hat gestern  
dingungsloser

Kämpfe.  
bet die „Frankf.  
ft, daß die Ruf-  
Bulowinaer und  
gen. Vorgeftern  
em 4 Kilometer  
zurückgewiesen.  
erluste erleiden.  
geisterung“ an-  
ede von Erz-  
egen Bulgarien  
en. Die Munie-  
en rumänischen  
er Aufmerksam-

keit, da der frühere russische Botschafter Schebeko gelegentlich seines letzten Aufenthaltes in Bukarest erklärt haben soll, Rußland wolle um jeden Preis die Mitwirkung Rumäniens an der Seite der Entente erlangen und, selbst wenn es die Hälfte der russischen Armee kosten sollte, in den Besitz der südöstlichen Karpathen gelangen.

### Die Engländer in Kut-el-Amara.

(W.B.) Konstantinopel, 18. Jan. Das Bagdader Blatt „Sada Millet“ erfährt, daß die Engländer schon vor 14 Tagen die Truppen der Garnison von Kut-el-Amara auf die halbe Brotration gesetzt haben. Versuche, der Garnison Lebensmittel zuzuführen, sind gescheitert. In der Stadt befinden sich 3000 Verwundete, die ihre Verwundungen nach der Einschließung der Stadt erlitten haben.

### Von unseren Feinden.

#### Die englische Dienstpflichtfrage.

London, 17. Jan. Der ausführende Ausschuss des Eisenbahnerverbandes hat gegen die Dienstpflichtbill einen Beschlusantrag angenommen, in dem es heißt: Die Bill begünstigt eine „Konfiskation des Lebens der Bürger“, läßt aber die materiellen Hilfsquellen der Nation in den Händen der privilegierten Klassen und muß daher von der gesamten Arbeiterschaft bekämpft werden. Die Vertreter des Zwangsprinzips seien offenbar von anderen Beweggründen geleitet als dem, den Sieg der Alliierten zu sichern. Das Versprechen des Premierministers betreffe einen Grundsatz, welcher der Wählerschaft der Nation nicht vorgelegen habe und widerspreche den nationalen Ueberlieferungen der letzten 50 Jahre. Dieses Versprechen hätte überhaupt nicht gegeben werden dürfen und ist für die Nation nicht bindend. Der Beschlusantrag schließt: Wenn die Regierung nicht zunächst jede Art von Kapital konfisziert, werden wir mit allen Mitteln die Konfiszierung der Männer, deren einziges Kapital die Arbeitskraft ist, bekämpfen. — Der ausführende Ausschuss des Gewerverbandes der Lokomotivführer und Seizer hat ebenfalls einen Beschlusantrag angenommen, der jede Art militärischer Dienstpflicht bekämpft.

### Eine „regelrechte“ Blockade über Deutschland.

(W.B.) Newyork, 17. Jan. Die Blätter enthalten Telegramme aus London, worin mitgeteilt wird, daß Großbritannien binnen kurzem die königlichen Verordnungen, durch die der neutrale Handel geregelt werde, durch die Erklärung einer regelrechten Blockade ersetzen werde. Beim Staatsdepartement lief kein amtlicher Bericht darüber ein. In Regierungskreisen glaubt man aber, daß ein solches Vorgehen viele Gründe zu Mißverständnissen beseitigen und das Recht Englands, alle Einfuhr nach deutschen Häfen zu verhindern, außer Frage stellen wird. Vermutlich werde dadurch auch die Theorie von der endgültigen Bestimmung bezüglich der Waren, die über neutrale Länder Deutschland erreichen, oder für Deutschland bestimmt sind, geregelt werden.

### Eine Illustration

#### zur „Seeblockade“ Deutschlands.

(W.B.) Berlin, 15. Jan. Das englische Auswärtige Amt verbreitet folgende Nachricht: Vor einiger Zeit schon seien Einzelheiten veröffentlicht worden, welche zeigten, daß die deutsche Regierung die „Freiheit der Meere“ nach ebenjenseitigen Prinzipien handhabte, deren Verletzung sie der englischen Regierung vorwerfe. Es werde daran erinnert, daß schwedische Schiffe mit Alarierungspapieren in schwedischer und deutscher Sprache versehen sein müßten, auch müßten die schwedischen Zollbehörden die Abfahrt von Schiffen aus Schweden telegraphisch nach Berlin melden und müßten gleichzeitig mitteilen, daß diese Schiffe keine Bannware als Ladung führen. Jetzt zeige sich, daß schwedische Schiffe trotz dieser Mahregel häufig mit einer Preisbefragung nach Swinemünde geschickt würden, wo sie sich einer Untersuchung von mindestens 48 Stunden zu unterziehen hätten. Seit Einrichtung der Untersuchungsstelle in Swinemünde seien so etwa 500 bis 600 Schiffe untersucht worden. Eine Untersuchung finde jedoch dann nicht statt, wenn die Papiere in Ordnung seien. Obgleich nun dieses Resultat auch am Sund von den Offizieren der deutschen Wachboote erreicht werden könnte, würden dennoch die Schiffe gezwungen, nach Swinemünde zu laufen. Man habe den Zweck dieser Einrichtung noch nicht ganz durchschaut, schwedische Kapitäne glaubten jedoch, die Einrichtung sei geschaffen, um den nordischen Nationen auf diese Weise die deutsche Seegewalt vor Augen zu führen. Bei der deutschen Regierung sollten viele Reklamationen eingelaufen sein, durch welche Schadenersatz dafür verlangt würde, daß Schiffe nach Swinemünde hätten einlaufen müssen, obgleich sie mit Freigut beladen gewesen seien. Von besonderer Seite wird uns hierzu geschrieben: Es erübrigt sich eigentlich, auf diese englische Anzuspung einzugehen, denn wer lesen kann und verstehen will, versteht auch ohne Kommentar. Die Nachricht ist jedoch in einem Punkt nicht unwichtig. Bekanntlich hat die englische Regierung über Deutschland eine sogenannte Blockade verhängt. Ist es da nicht recht merkwürdig, daß die englische Regierung nun selbst veröffentlicht, daß etwa 500 bis 600 Schiffe von deut-

lichen Seestreitkräften nach einem deutschen Hafen eingebracht worden seien? In dankenswerter Weise illustriert die englische Regierung hierdurch ihr am Tage vor dieser Veröffentlichung erschienenenes Weißpapier, indem sie offen zugibt, daß die englische Blockade weder effektiv sei noch jemals effektiv werden könne. Wenn im übrigen die englische Regierung, die allem Anschein nach endlich an die Beantwortung der amerikanischen Note vom 5. November denkt, noch einen Präzedenzfall sucht, um damit den Vorwurf der Seeräuberei abzuschwächen, so kann darauf hingewiesen werden, daß die von deutscher Seite erfolgte Ausübung des Anhaltungs- und Durchsuchungsrechts und der Unteruchung in Swinemünde hierzu ganz und gar nicht geeignet sind. Die deutschen Seestreitkräfte üben das ihnen zustehende Recht nur nach Maßgabe des bestehenden Völkerrechts aus, und die Anweisungen, die sie haben, unterscheiden sich in ihrem Inhalt durch nichts von der Instruktion, die die amerikanischen Seestreitkräfte während des Bürgerkrieges hatten. Die Mitteilung dieser Instruktion an die englische Regierung ist in dem Anhang 1 zur amerikanischen Note erfolgt, deren Veröffentlichung jedoch bezeichnender Weise in den englischen Zeitungen unterblieben ist.

### Japanische Kriegsschiffe für den Suezkanal.

Paris, 18. Jan. Dem „Journal“ zufolge sind von Tokio 3 japanische Panzerkreuzer, angeblich „Kajuga“, „Tokiwa“ und „Chitose“, nach dem Suezkanal abgegangen, entweder, wie das Blatt sagt, zum Schutz der japanischen Schifffahrt im Mittelmeer oder zur Hilfe bei der Verteidigung des Kanals.

### Bermischte Nachrichten.

#### Minister von Loebell zur preußischen Wahlrechtsfrage.

Berlin, 17. Jan. (Drahtb. W.B.) Bei der Staatsberatung im Abgeordnetenhaus erklärte der Minister des Innern v. Loebell: Die Regierung hält zur Erhaltung und Stärkung des preußischen Staates ein Zusammenarbeiten mit den Parteien für durchaus notwendig. Sie hält es aber nicht für angezeigt, die Frage des preußischen Wahlrechtes jetzt einer endgültigen Lösung entgegenzuführen zu wollen. Sie ist entschlossen, wenn die Waffen ruhen, an die Lösung dieser Frage heranzugehen. Bis dahin muß diese Frage dem politischen Leben ferngehalten werden.

#### Heydebrand der Unentwegte.

Berlin, 17. Jan. Das Abgeordnetenhaus wählte zunächst die bisherigen Präsidenten und Geschäftsführer wieder und trat dann in die erste Lesung des Etats und der Steuern vorlagen ein. Die Debatte eröffnete der Abgeordnete v. Heydebrand (Kons.) mit warmen Dankworten für unsere Truppen. Die Wünsche auf Aenderung des Wahlrechtes seien gerade jetzt wenig zeitgemäß, wo es darauf anläge, die Einigkeit unter den Parteien aufrechtzuerhalten. Das jegige Wahlrecht vertrete am besten die Interessen des Volkes. (Zuruf des Abg. Liebknecht: Geben Sie dem Volke das Reichstagswahlrecht!) Ueber allen Einzelheiten, fuhr der Redner fort, steht die Frage: Wann wird dieser furchtbare Krieg ein Ende haben? Leider sei ein Ende nicht abzusehen. Jetzt gelte allein feste Entschlossenheit. (Bravo!) Das Schwert, das wir führen, sagte der Redner, ist ganz rein. (Zuruf Liebknechts: Nicht wahr! Rufe: Kaus!) Die Verantwortung tragen die, die den Krieg heraufbeschworen haben. (Liebknecht ruft: Sie treiben Eroberungspolitik! Rufe: Kaus!) Unsere Gegner rechnen noch immer mit unserer materiellen Erschöpfung. Wir wollen durchhalten, schloß der Redner. Wir wollen unseren Brüdern, wenn sie wieder kommen, sagen können: „Ihr habt Großes geleistet, aber auch wir haben getan, was in unseren Kräften stand.“ (Lebhafter Beifall.)

#### Notstandskredite und Beratungsstellen für zurückkehrende Krieger.

Berlin, 18. Jan. Die preußischen Minister für Handel und Gewerbe, der Finanzen und des Innern veröffentlichten einen bedeutungsvollen Erlaß an die Oberpräsidenten, worin staatliche Mittel zur Gewährung von Beihilfen an die Provinzen in Aussicht gestellt werden, die ihrerseits die Frage der Gewährung von Notstandskrediten an zurückkehrende Krieger regeln sollen. In dem Erlaß heißt es: „Aus den beteiligten Kreisen sind zahlreiche Anträge an die Staatsregierung gerichtet worden, sie möge Vorsorge dahin treffen, daß den aus dem Feld zurückkehrenden Angehörigen des selbstständigen Mittelstandes im Bedarfsfalle durch Gewährung von Notstandskrediten die Fortführung der bisherigen Berufstätigkeit ermöglicht werde.“ In gleicher Richtung bewegt sich eine am 25. August v. J. vom Reichstag gefasste Entschlieung. Endlich ist neuerdings auch der Generalfeldmarschall v. Hindenburg bei den zuständigen Reichs- und Staatsbehörden unter Hinweis auf das ehrene Pflichtgefühl und den todesmutigen Geist unserer Armee warm dafür eingetreten, daß durch möglichst baldige Regelung dieser Frage den im Felde stehenden Soldaten die Sorge um ihr und ihrer Frauen und Kindern Schicksal nach dem Kriege genom-

men und die Gefahr der Verarmung und des wirtschaftlichen Zusammenbruchs von ihnen abgewendet werde. Es ist anzuerkennen, daß die Kriegsteilnehmer aus dem selbstständigen Mittelstand infolge langer Abwesenheit von ihrem Berufe in eine besonders schwierige Lage geraten werden, aus der sich zu befreien, ihrer eigenen Kraft allerdings nicht immer gelingen wird. Dies trifft vornehmlich für den gewerblichen Mittelstand (Handwerker und Kleinkaufleute) zu, daneben aber auch für kleinere Landwirte, sowie für die freien Berufe und für die sonstigen selbstständigen Erwerbstätigen. Die erwarteten Schwierigkeiten werden in größerem Umfang zwar erst nach Beendigung des Krieges zutage treten, vereinzelt wird sich aber auch schon jetzt das Bedürfnis geltend machen, Kriegsteilnehmern oder ihren Angehörigen Hilfe angedeihen zu lassen. Wir vertrauen, daß die zur Vergebung öffentlicher Arbeiten berufenen Behörden bei der Zumeisung von Beschäftigung die besondere Berücksichtigung der Kriegsteilnehmer aus dem selbstständigen Mittelstande sich angelegen sein lassen werden. Daneben aber wird in einer Reihe von Fällen auf die als Hilfsmahnahmen vor allem angeregte Gewährung von Darlehen zur Fortführung oder Wiederaufrichtung des Betriebes nicht verzichtet werden können.“ Die Minister sprechen dann über die Verteilung des Risikos für die Darlehen auf Provinz, Kreis und Gemeinden und weisen auf eine Denkschrift des Provinzialausschusses der Rheinprovinz hin, der aus eigenem Antrieb eine solche Regelung bereits getroffen, zugleich aber auch Beratungsstellen für Kriegsteilnehmer geschaffen hat.

### Ein Riesenbrand in Bergen.

Christiania, 16. Jan. Ein großer Brand hat in der Stadt Bergen gewütet. Eine Anzahl Häuservierecke ist bereits niedergebrannt, darunter das Telefonzentralamt, das Gebäude von „Bergens Tidende“, vier Gasthöfe und drei Schulen. Das Postamt ist gerettet. Der Brand ist auf seinen Herd beschränkt. Die gesamte Ausdehnung des Brandes ist noch nicht bekannt. Von Stavanger geht eine Hilfsexpedition ab. Zwanzig Häuservierecke sind einer späteren Nachricht zufolge niedergebrannt.

Christiania, 17. Jan. Der Brand in Bergen wurde gestern früh um 3 Uhr eingedämmt. Etwa 400 meist sehr wertvolle und zentral gelegene Gebäude sind niedergebrannt. Der Gesamtschaden bezifferte sich auf etwa 100 Millionen Kronen. Ein Mann, der während des Brandes Quetschungen erlitten hatte, ist am Sonntag gestorben. Mehrere Personen wurden verletzt. Etwa 3000 Menschen wurden obdachlos. Die Gemeindevorretung hat den Notleidenden eine Anleihe bewilligt. Aus dem ganzen Lande sind Angebote von Hilfe eingelaufen. Aus Stavanger kam eine Hilfsexpedition an. Aus Christiania wurden am Sonntag nachmittags Kleider und wollene Decken gesandt. Es liegt kein Grund vor, zu befürchten, daß Not eintreten könnte, da sich in Bergen bedeutende Mengen von Korn und Mehl befinden. Die Ursache des Brandes ist noch nicht aufgeklärt.

### Bayerische Gemütlichkeit.

Viel Gemütliches von den tapferen Bayern berichten die bei Oskar Beck in München unter dem Titel „Sieben Monate in den Vogesen, in Flandern und in der Champagne“ erschienenen Feldzugsbriefe des in der Winterschlacht in der Champagne am 7. März 1915 gefallenen Vizefeldwebels Otto Kerler aus Würzburg. Wir hören da von einem Bayern, der in den Vogesen auf Patrouille geschickt wurde und, als er zurückkam, melden sollte, ob er etwas oder ob er nichts gesehen habe. Statt dessen eilte er sofort nach seiner Rückkehr ohne weiteres in sein Quartier. Sein Vorgesetzter ging ihm nach und fragte ihn: „Wie wars draußen?“ „Kalt ists draußen, Herr Feldwebel!“ war die Antwort des an das Kriegsleben noch nicht so recht gewöhnten Ersatzreservisten. — Als einst für 20 Mann Kriegersorden aus München gekommen waren, sollte der Landwehrmajor laut Regimentsbefehl eine Ansprache halten und jedem seinen Orden und Bekannntgabe der Gründe und des Verdienstes feierlich überreichen. Er machte die Sache aber sehr einfach und sagte nur: „Also, jetzt geht einer nach dem andern her, wie ich Sie verlese. Weshalb einer seinen Orden hat, wird er schon selber wissen, außerdem hab' ich den Zettel verlegt, wo's drauf steht.“ — Als im Januar 1915 der Kaiser das Bataillon besichtigte, wußten zwei bayerische Landwehrleute nicht, wie man zum Kaiser sagt. Der eine redete ihn mit „Königliche Hoheit“, der andere gar mit „Erzellenz“ an. — Ein bayerischer Offiziersburische zeigte sich darüber, daß die Mutter seines Herrn auch ihm etwas ins Feld geschickt hatte, so beglückt, daß er in der Freude seines Herzens dem Wünsche Ausdruck gab: „Drei Täg' nach der Ewigkeit soll sie noch leben!“ Kann man mehr verlangen?

### Aus Stadt und Land.

Calw, den 18. Januar 1916.

#### Das eiserne Kreuz.

Gefreiter Johs. Wurster von Agenbach, im Feld.-Art.-Regt. 65, hat das eiserne Kreuz erhalten.

### Wahlbefähigung.

Die Wahl des Stadtpflegers **Gotthilf Dreher** in Calw zum Ortsvorsteher in Weil im Dorf wurde am 14. Januar ds. Js. von der K. Regierung des Neckartreises bestätigt.

### Berwundete fürs Vereinslazarett.

Gestern nachmittag trafen hier mit dem badischen Hilfs-lazarettzug Nr. 9 51 Berwundete und Kranke ein, nachdem schon in Liebenzell 85 und in Hirsau 80 Mann in die dortigen Reservelazarette gebracht worden waren. Die Ausladung und der Transport nach dem Vereinslazarett durch Mitglieder der hiesigen Sanitätskolonne gingen glatt von statten. Unter den hier ausgeladenen befanden sich ein Russe und ein Franzose.

### Änderungen in der Brot- u. Mehlerverforgung.

Das Direktorium der Reichsgetreidestelle hat mit Wirkung vom 1. Februar 1916 ab die Mehlmenge, die täglich auf den Kopf der versorgungsberechtigten Zivilbevölkerung verbraucht werden darf, einschließlich des Zuschlags für die schwerarbeitende Bevölkerung auf 200 Gramm festgesetzt. Mit Rücksicht hierauf wird die Verfügung des Ministeriums des Innern über die Regelung des Verbrauchs von Mehl und Brot durch die versorgungsberechtigten vom 15. September 1915 wie folgt abgeändert:

#### 1. Ziffer 1 Absatz e lautet:

Jeder versorgungsberechtigte, d. h. jede zur Zivilbevölkerung gehörige Person mit Ausnahme der Selbstversorger (vergl. Ziffer 1 der Verfügung des Ministeriums des Innern vom 28. August 1915) ist bis auf weiteres nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen zum Bezug von 175 Gramm Mehl täglich, oder der entsprechenden Menge Brot berechtigt. Zulagen können nach Maßgabe der Ziffer 5 gewährt werden.

#### 2. Ziffer 5 lautet:

a) Eine Mehl- und Brotart enthält 8 abtrennbare Marken, und zwar 2 Marken, die zum Bezug von je 75 Gr. Weizenauszugsmehl oder 100 Gramm Kleinbrot berechtigen, 3 Marken zum Bezug von je 75 Gramm Brotmehl oder 100 Gramm Kleinbrot und 3 Marken zum Bezug von je 750 Gr. Brotmehl der 1100 Gramm Hausbrot. In den Monaten mit 31 Tagen erhalten die für die zweite Hälfte des Monats auszugebenden Mehl- und Brotarten weitere 3 Marken zum Bezug von je 75 Gramm Brotmehl oder 100 Gramm Kleinbrot. Bezugsmarken für Weizenauszugsmehl berechtigen auch zum Bezug von Brotmehl. Für 10 auf je 75 Gr. Mehl oder 100 Gramm Kleinbrot lautende Marken kann auch ein Hausbrot von 1100 Gramm bezogen werden.

b) Auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses wird für einzelne Personen an Stelle einer Mehl- und Brotart eine

Karte mit 35 Marken ausgegeben, von denen 5 Marken zum Bezug von je 75 Gramm Weizenauszugsmehl und 30 Marken zum Bezug von je 75 Gramm Brotmehl oder 100 Gramm Kleinbrot berechtigen. In den Bezirken, in denen 2 Brotmehlorten, Weizenmehl und Roggenmehl, abgegeben werden, berechtigen die auf 75 Gramm Brotmehl lautenden Marken in erster Linie zum Bezug von Weizenmehl und Weizenkleinbrot.

### Saaturlaub.

Das stello. Generalkommando beabsichtigt, der Landwirtschaft auch für die diesjährige Einbringung der Frühjahrssaat durch kürzere Beurlaubungen geeigneter immobiler Mannschaften auf Antrag auszuweichen. Derartige Saaturlaubgesuche sind unter Benützung eines besonderen hierzu zu verwendenden Antragsmusters (kostenlos durch die K. Oberämter bzw. Schultheißenämter erhältlich, dem stello. Generalkommando unmittelbar nach Begutachtung durch die Ortsbehörden zuzuleiten. Für Angehörige der im Felde befindlichen Truppenteile ist außerdem die Begutachtung durch die Oberämter geboten. Für die Entscheidung letztgenannter Gesuche sind ausschließlich die mobilen Kommandobehörden im Felde zuständig. Die genaue und gewissenhafte Beantwortung aller aus dem Antragsmuster ersichtlichen Fragen ist Bedingung. Unvorschriftsmäßige und unvollständige Anträge haben keine Aussicht auf rechtzeitige Berücksichtigung.

### Gegen den Lebensmittelwucher.

Eine Entscheidung der Strafkammer zu München-Gladbach, die gegen einen Kartoffelverläufer wegen Ueberschreitung des Höchstpreises auf 3 Monate Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe lautete, wurde mit den nachstehenden, recht beachtenswerten, weil allgemein gültigen Gründen gerechtfertigt: „Der Kriegswucher ist ein gemeines, von niedriger Gefinnung zeugendes Vergehen besonders schwerer Art. Wer sich an ihm beteiligt, begeht Verrat an seinem eigenen Volk und Vaterland. Durch unzulässige Verteuerung der zum Lebensunterhalte nötigen Gegenstände wird die körperliche und namentlich auch die geistige Kraft unseres Volkes geschwächt. Das Durchhalten in dem schwersten Kampfe, den je ein Volk zu kämpfen hatte, wird durch die Lebensmittelwucherer gefährdet. Mut und Kampfesfreudigkeit unserer draußen im Felde stehenden Truppen können durch die von den Nahrungsmittelwucherern heraufbeschworene Sorge um Weib und Kind in der Heimat untergraben werden. Der Lebensmittelwucher unterwühlt die Grundlagen des Staates, er kann die Ordnung im Innern ins Wanken bringen. Der Lebensmittelwucher gefährdet die Gesundheit der heranwachsenden Jugend, auf der unsere Zukunft beruht. Wer sich am Lebensmittelwucher beteiligt, ist eine Art Landesverräter, der als innerer Feind aus niedriger Gewinnsucht

seinem Volke in den Rücken fällt und das, was unsere Krieger draußen geschaffen und errungen haben, aufs Spiel setzt. Der Angeklagte hat zwar nachweislich nur in einem Falle Kartoffeln zu übermäßig hohem Preise verkauft. Allein aus derartigen Einzelfällen legt sich die Gesamterscheinung des Lebensmittelwuchers zusammen, dem mit den schärfsten Strafen entgegenzutreten das Wohl unseres Volkes und Staates gebieterisch fordert.“

### Der Spuck im Stalle.

Schon längere Zeit hatte die Ehefrau eines im Felde stehenden Landwirts das Mißgeschick, daß sie von beiden Kühen keine Morgenmilch mehr erhalten konnte. Da in diesem Falle das Weiterfüttern der Kühe eine allzu kostspielige Sache war, verkaufte sie mit Verlust die Kühe und kaufte sich zwei neue Milchtiere an. Doch auch mit diesen hatte sie das gleiche Mißgeschick. Die Frau verständigte ihren auswärtig wohnenden Vater, dem dieser Vorfall sehr verdächtig vorkam. Er legte sich während einer Nacht auf die Lauer und hielt Stallwache. Seine Geduld wurde während der Nacht lange auf die Probe gestellt, denn erst kurz vor 4 Uhr morgens regte sich etwas Verdächtiges an der Stalltüre. Gleich darauf erhob sich eine Gestalt durch die vorsichtig geöffnete Tür, rieb ein Streichholz an und entzündete das mitgebrachte Lämpchen. Hierauf rückte die Gestalt einen Melkstuhl an eine der Kühe heran und fing in aller Gemütsruhe zu melken an. Auf einmal stürzte der Aufpasser aus einer Ecke hervor und rief mit donnernder Stimme: „Halt, Alte, dösmol melket mir!“ Mit raschem kräftigem Satz faßte er die zum Tode erschrockene Milchdiebin beim Kragen, leuchtete ihr ins Gesicht und erkannte, wie der „Brenzthal-Bote“ erzählt, zu seinem nicht geringen Erstaunen eine Nachbarsfrau.

Für die Schriftl. verantwortl. Otto Selmann, Calw. Druck u. Verlag der A. Döschlagerschen Buchdruckerei, Calw.

### Reklameteil.

## Die Aerzte empfehlen

Apotheker Neumeier's

**Asthma-Pulver** (ohne je **Cigarillos** Papier) **Mark 2.10.**

D.R.G.M. No. 26122 und 26627. Erhältlich in d. Apotheken  
Apotheker Neumeier, Frankfurt a. Main.

### Amtliche und Privat-Anzeigen.

Calw.

Die Stadtgemeinde beabsichtigt für das Realprogymnasium

## 3 Klassenzimmer

vom Frühjahr bzw. Herbst 1916 ab

zu mieten

und bittet um geeignete Angebote.

Calw, den 14. Januar 1916.

Stadtschultheißenamt: A. B. Dreiß.

### Althengstett.

Am Mittwoch, den 2. Februar (Lichtmessfestertag), wird die hiesige

## Sommerhasenweide

welche mit 350 Stück besetzt werden kann, auf weitere 3 Jahre, April 1916/19,

verpachtet.

Unbekannte Pächter haben sich mit einem Vermögenszeugnis neuesten Datums auszuweisen.

Schultheißenamt.  
A. B. Fischer.

Kräftiger, aufgeweckter

## Junge

von über 14 Jahren, der womöglich Radfahren kann, findet in der Druckerei dieses Blattes Beschäftigung.

Sehr schöne Oldenburger  
**Läufer-Schweine,**  
garantiert gesund und seuchenfrei, sind fortwährend sehr preiswert abzugeben.

G. Ott, Handische Wirtschaft, Calw, Telefon 148.

**Singstunde**  
Mittwoch abend im  
„Badischen Hof“.  
Wegen Gemeinde-  
abend vollzähliges Erscheinen nötig.  
B.

## Mädchen-Gesuch.

Lüchtliges Mädchen für Küche und Hausarbeit auf 15. Februar gesucht.

Frau Elise Wagner,  
Erstmühl.

## Ein kräftiger junger Mann

von 16—17 Jahren zur Beihilfe in der Sägerei kann sofort eintreten. Kost u. Wohnung im Hause.

Johs. Theurer, Sägewerk,  
Station Zeinach.

## Möbelschreiner- Gesuch.

Ein auf furnierte Möbel geübter Arbeiter findet sofort dauernde Stellung. Auch wird ein kräftiger

## Junge

sofort oder später in die Lehre genommen.

Chr. Weber, Gchingen,  
meh. Schreinererei.

Ungefähr 25 Zentner

## Heu u. Dehmd

hat zu verkaufen  
Gotthilf Schwent, Bad Zeinach.

In unserer Druckerei findet ein ordentliches, williges

## Mädchen

## Beschäftigung als Anlegerin.

## Alte Gold- und Silberwaren

kauft an  
Gustav Pflücker,  
obere Marktstraße 25.

Zu vermieten

## möbliert. Zimmer

mit elektrischer Beleuchtung  
Bahnhofstraße 409.

## Käse! Käse!

An württ. Verbraucher offeriere gegen Nachnahme:  
1a. ffr. Allgäuer Stangenkäse, à 80 Pfa. per Pfd., bei Abnahme von 9 Pfd. frei ins Haus.  
3. Lint, Aldingen b. Spaich.

Dielshausen.

Sege etwa 20 Zentner

## Dickrüben

dem Verkauf aus  
Salomon Frech.

## Rebhühn. Stal.-Hahn

zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Stammheim.

Sege einen stärkeren guterhalt.

## Leiterwagen

dem Verkauf aus

Karl Zeiler, Holzhauer.

Einen wenig geb. gußeisernen

## Waschkessel

65 Liter haltend, verkauft

Döschlager, Igelstock.

Menthol

## Karrol

Katarrhbonbons

ist und bleibt das Beste gegen

## Schnupfen, Husten

und Heiserkeit, in Pak à 20 & bei  
C. Costenbaber's Nachf., Romb.  
H. Häußler, Romb.

(WTB)  
Staatssekretär  
eröffnet die  
digung ein  
Vertagung  
lage wird  
Besprechung  
Symbol, u  
für den D  
bericht sind  
von Berlin  
raffiniert  
der Lage, i  
sind sogar g  
berheit geh  
wird völlig  
der Erörter  
gung des P  
Gerstenberg  
demokratis  
hat. Im E  
bis in das  
hoffen, daß  
auch der B  
(Beifall.)  
dafür gefor  
mit den a  
lichte ist d  
heimnisches  
tann es ni  
innerpolitik  
fen unter  
Gegenüber  
daß in Zu  
Abg. Streif  
trifft, so fü  
wird, sonde  
ziösentum.  
berichte ent  
zu verstehen  
bei einem  
die gegense  
nicht, wie  
sehen. De  
muß ihm g  
seine Pflicht  
ist nur dur  
möglichst er  
ratung so  
vor Beendi  
probleme k  
schreiben kö  
pflichtet wa  
machen, das  
(Konj.): M  
Rücksicht au  
Jugendfähr  
den für ge  
„Weibsteuf  
zweimal lä  
gestellt wor  
fahren. Ne  
dafür, daß  
Presse ausü  
gebracht. D  
den. Der  
missen uns